

Niederschrift zur 22. öffentlichen Sitzung des Beirates Vegesack am Donnerstag, dem 9. März 2017 um 18.30 Uhr im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Gerhard-Rohlfis-Straße 62, 28757 Bremen

Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 21:50 Uhr

Vorsitzender: OAL Heiko Dornstedt
Schriftführerin: Maren Zilm

Tagesordnung:

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 20. Sitzung vom 19. Januar 2017
3. Ausbauplanung Tauwerkquartier
4. Verkehrs- und Parksituation im Bereich Weserstraße und Nebenstraßen
5. Wie geht es weiter mit dem Thiele Speicher
6. Anträge und Anfragen der Parteien
7. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
8. Mitteilungen des Beiratssprechers
9. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Anwesende Mitglieder:

Eyfer Tunc ab 18:33	Hans-Albert Riskalla
Peter Fahsing	Klaus-Dieter Bless
Joachim Riebau	Torsten Bullmann
Gabriele Jäckel	Greta Frenzel
Dr. Jürgen Hartwig	Cord Degenhard
Sabri Kurt	Brigitte Palicki
Dr. Hans-Stephan Schlenker	Günter Kiener ab 18:40
Thomas Pörschke	

Es fehlt:

Marvin Mergard
Wilfried Sulimma

Weitere Gäste:

Herr Schreckenber	Atelier Schreckenber Planungs GmbH
Herr Donaubaue	BBN
Herr Mosel	M-Projekt
Herr Siemann	Polizei-Revier Vegesack
Herr Mathei	ASV
Herr Bäßler	Stadtamt
Frau Hannemann	Fechtverein
Herr Rickens	Fechtverein
Frau Meyer	Immobilien Bremen
Frau Dr. Seiderer	Senatorin für Finanzen
Herr Noll	Museumshaven Vegesack

Herr Dornstedt begrüßt die Gäste und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugegangen ist. Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Bevor Herr Dornstedt in die Tagesordnung einsteigt, informiert er zu verschiedenen Themen.

- Das Übergangwohnheim Johann-Langestraße wird aufgegeben. Der Grund ist der schlechte bauliche Zustand und die damit verbundenen hohen Nebenkosten.

Der Beirat hatte für die Aufstellung von Spielgräten auf dem Außengelände Globalmittel bewilligt, über mögliche Alternativen muss nun gesprochen werden.

- Am 18. März 2017 um 14:00 Uhr findet eine Gedenkveranstaltung zum 74. Jahrestages des Bombenangriffs auf den Bremer Vulkan statt.
- Am 19. März 2017 findet im Kulturbahnhof ein Maritimer Flohmarkt statt.
- Am 26. März 2017 um 16:00 Uhr findet im Bürgerhaus ein Benefizkonzert für das Kinderhilfswerk statt.
- Am 11. April 2017 lädt der Polizeipräsident die Fraktionssprecher zu einer Regionalkonferenz ein.
- Um Ehrenamt vor Ort zu stützen steht ein Fonds für Projekte zur Teilhabe von Flüchtlingen im Stadtteil zur Verfügung. Für Projekte können Fördergelder von bis zu 1500 Euro beantragt werden. Diese Information ist auch an die Fraktionen gegeben worden.
- Der Senator für Umwelt Bau und Verkehr bittet um formelle Zustimmung für den Weiterbetrieb der Linie 83/677. Da die Forderungen des Beirates umgesetzt werden, wird die Zustimmung erteilt. Eine Grundsatzdiskussion zu diesem Thema wird es bei der Regionalkonferenz am 23. März 2017 geben.

Tagesordnungspunkt 1

Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat

Es liegen keine schriftlichen Anträge vor und es gibt keine Wortmeldungen.

Tagesordnungspunkt 2

Genehmigung der Niederschrift der 20. Sitzung vom 19. Januar 2017

Die Niederschrift wird wie vorliegend genehmigt.

Tagesordnungspunkt 3

Ausbauplanung Tauwerkquartier

Herr Dornstedt begrüßt Herrn Schreckenber, Herrn Donaubauer sowie Herrn Mosel und führt in das Thema ein.

Am 8. Dezember 2016 wurden die Planungen bereits im Beirat vorgestellt.

Am 11. Januar 2017 fand aufgrund des Beiratsbeschlusses eine Infoveranstaltung statt, in der die veränderten Planungen der Öffentlichkeit vorgestellt wurden. Die Einwände wurden dem Bauamt fristgerecht zugeleitet. Änderungen im Bebauungsplan werden dem Beirat an einem anderen Termin vorgestellt.

Herr Schreckenber stellt die Planungen in dem Gebiet anhand einer PowerPointPräsentation (Anlage 1) vor.

Es sollen ca. 100 Wohneinheiten gebaut werden, die in 3 Mehrfamilienhäusern, Reihenhäusern sowie Einzel- bzw. Doppelhäusern entstehen. Durch eine enggestellte Baumreihe wird eine grüne Achse entstehen. In zentraler Lage soll ein „Pocketpark“ entstehen, der eine öffentliche Fläche mit einer guten Aufenthaltsqualität bieten soll. Für die 71 Wohneinheiten, die keine Parkflächen auf den eigenen Grundstücken haben, sind 87 Stellplätze geplant.

Ein alter Baum im Bereich der Zufahrt zu diesem Gebiet muss leider gefällt werden. Sobald die baurechtliche Zustimmung erteilt ist, soll im Sommer mit der Umsetzung der Planung begonnen werden. Im Sommer 2018 könnten die ersten Bewohner einziehen.

Die Ausführungen werden von den Beiratsmitgliedern zur Kenntnis genommen und begrüßt.

Herr Bless erkundigt sich nach dem Verkehr in der Friedrich-Humbert-Straße.
Herr Schreckenbergr erklärt, dass es sinnvoll wäre, wenn im Einmündungsbereich in das Gebiet ein absolutes Halteverbot angeordnet würde.

Herr Pörschke fürchtet, dass die zur Verfügung stehenden Parkplätze nicht ausreichen werden. Er sieht aber keine Lösung.

Herr Schlenker wünscht sich Obstbäume für die Baumpflanzungen. Herr Schreckenbergr gibt zu bedenken, dass Obstbäume, wenn sie nicht abgeerntet werden, die Straßen sehr verschmutzen.

Frau Jäckel würde es begrüßen, wenn im Bereich des Spielplatzes eine Betontischtennisplatte aufgebaut wird, damit auch für die älteren Kinder ein Angebot gemacht wird.

Auf die Frage nach der notwendigen Infrastruktur wie Kitas und Schulen, erläutert Herr Donaubauer, dass diese Flächen der Bildungsbehörde schon lange als zukünftige Wohnbaugebiete bekannt sind.

Eine Anwohnerin macht sich große Sorgen, wegen möglicher Altlasten.
Herr Mosel berichtet dazu, dass es 2007 eine Bodensanierung gegeben habe und anschließend ein Abschlussbericht sowie Gutachten erstellt wurden, die besagen, dass es keinerlei Belastungen mehr gäbe.

Herr Dornstedt fasst die Wortbeiträge zu einem Beschlussvorschlag zusammen der einstimmig angenommen wird.

- ***Der Bauherr wird gebeten, die private Zuwegung, die mit einem Wegerecht belegt ist, als Mischfläche für Fußgänger und Fahrradfahrer nutzbar zu machen.***
- ***Im Bereich des Spielplatzes ist auch der Wunsch nach einer Tischtennisplatte zu berücksichtigen und in die Planung einzubeziehen.***
- ***Die Einsehbarkeit des Einmündungsbereiches in der Friedrich-Humbert-Straße ist zu prüfen.***
- ***Die Senatorin für Bildung wird aufgefordert die voraussichtliche Anzahl der dort lebenden Kinder in der Kita- und Schulplanung zu berücksichtigen.***
- ***Der Beirat stimmt im Übrigen der vorgestellten Ausbauplanung zu.***
- ***Der Beirat erinnert an den Beschluss, die während der Auslegung eingegangenen Bedenken und Anregungen dem Beirat vorzulegen.***

Tagesordnungspunkt 4

Verkehrs- und Parksituation im Bereich Weserstraße und Nebenstraßen

Am 23. Januar 2017 hat sich der Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten bereits mit diesem Thema befasst und zwei Beschlüsse gefasst.
Herr Dornstedt liest die Beschlüsse vor.

„Der Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten fordert die Aufstellung von Schildern des Absoluten Halteverbots (283) in der Bempolstraße, Kimmstraße, Halenbeckstraße und der Weserstraße.“

„Der Ausschuss für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten fordert das Stadtamt auf, die Überwachung des ruhenden Verkehrs in den Bereichen Bempolstraße, Kimmstraße, Halenbeckstraße, Weserstraße und Alte Hafenstraße zu erhöhen.“

Der erste Beschluss, in diesem Gebiet, vermehrt das Verkehrszeichen 283 aufzustellen, bekam einerseits Zustimmung, wobei aber gleich nach Ausnahmeregelungen gefragt wurde. Aber es liegt auch ein Bürgerantrag vor, diesen Beschluss rückgängig zu machen. Herr Dornstedt begrüßt Herrn Mathei vom ASV, Herrn Bäßler vom Stadtamt sowie Herrn Siemann vom Polizeirevier Vegesack.

Herr Mathei erläutert zunächst, was in der Straßenverkehrsordnung zu diesem Thema aufgeführt wird. So ist nach §12 Abs. 1 Nr. 1 das Halten an engen und an unübersichtlichen Straßenstellen unzulässig. Das Parken ist nach § 12 Abs. 3 Nr. 3 vor Grundstücksein- und ausfahrten, auf schmalen Fahrbahnen und auch ihnen gegenüber unzulässig. Enge Stellen und schmale Fahrbahnen liegen vor, wenn die Restfahrbahnbreite keine 3,05 Meter beträgt. Er erklärt, dass zusätzliche Verkehrszeichen nur da aufgestellt werden, wo es aufgrund der besonderen Umstände erforderlich ist. Bis auf die Weserstraße, sind alle Straßen in diesem Gebiet sehr schmale Straßen, auf denen daher ein gesetzliches Halteverbot gilt.

Die Diskussion wird sehr kontrovers geführt, Herr Degenhard fragt, wie ein Autofahrer die Restbreite schätzen soll und wo die Anwohner dieser Straßen ihre Fahrzeuge parken sollen.

Herr Bullmahn kritisiert, dass die Situation sich seit dem Abbau der Schilder dramatisch verschlechtert hat und die Feuerwehr vielfach durch parkende Fahrzeuge behindert wird. Auch Müllfahrzeuge müssen oft auf den Bürgersteig ausweichen. Die Kritik, dass die Anwohner nicht einmal ihre Fahrzeuge entladen können, lässt er nicht gelten, er kann sich nicht vorstellen, dass die Verkehrsüberwacher sofort eine Verwarnung schreiben, wenn erkennbar ist, dass das Fahrzeug sofort entfernt wird.

Er hält die Schilder für unbedingt notwendig, da sich sonst niemand, teilweise auch aus Unwissenheit, an die Verbote hält.

Er beantragt, den Beschluss des Ausschusses für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten aufrecht zu erhalten.

Herr Bäßler erklärt, dass es in allen Stadtteilen ähnliche Probleme gibt. Da sich die personelle Situation verbessert hat, wird die Überwachung in Vegesack nun kurzfristig erhöht. Ab Anfang April wird es eine tägliche Überwachung des ruhenden Verkehrs in Vegesack geben. Mit der Polizei wurden bereits entsprechende Absprachen getroffen.

Herr Pörschke unterstützt Herrn Bullmahn, die Erfahrungen in der Alten Hafenstraße zeigen, dass es trotz diverser Beschilderungen das nächtliche Durchfahrtsverbot bzw. die Einschränkungen ab 19 Uhr sowie das Verbot die Fahrzeuge dort abzustellen, keine Wirkung zeigen. Es handelt sich auch nicht nur um Kurzparker, sondern Fahrzeughalter, die einfach nur Geld sparen möchten.

Er wünscht sich eine gemeinsame Aktion der Ortpolitik, der Feuerwehr und der Brepark, um auf die Situation aufmerksam zu machen.

Außerdem bittet er Herrn Bäßler, auch zu unüblichen Dienstzeiten Verkehrsüberwachung zu gewährleisten.

Herr Siemann bestätigt, dass viele Autofahrer Verkehrsregeln, die in den letzten 20 Jahren eingeführt wurden, nicht kennen. Er ist sicher, dass zusätzliche Schilder eine Verbesserung der Situation bringen. Er gibt aber zu bedenken, dass es in Vegesack mindestens 100 Straßen gibt, die genau so schmal sind.

In der Weserstraße darf aufgrund der Feuerwehr keine Kulanz gezeigt werden.

Herr Dornstedt ergänzt, dass die Polizei dort in den nächsten Wochen verschiedene Aktionen durchführen wird und über die Presse auf die Regeln aufmerksam machen will.

Herr Kiener hält es für wichtig, dass Anwohner dort kurzfristig halten können. Parken muss an anderen Stellen erfolgen.

Herr Bullmahn begrüßt, dass verstärkte Überwachung geplant ist, fordert jedoch, dass dies auch dauerhaft geschieht. Herr Dr. Hartwig unterstützt diese Forderung.

Herr Degenhard erinnert, dass Deutschland eine Autofahrernation ist und beantragt, dass die genannten Straßen ein eingeschränktes Halteverbot bekommen sollen.

Der Antragsteller des Bürgerantrages, den Beschluss des Verkehrsausschusses rückgängig zu machen erklärt, dass in der Kimmstraße der Wendehammer oft zugeparkt sind und die Verkehrsüberwachung dort aus Unsicherheit selten einschreitet. Er kritisiert, ein ganzes Viertel mit einem Parkverbot zu belegen. Die Belieferung von einigen Geschäftshäusern in der Gerhard-Rohlf's-Straße wäre dann nur noch über die Fußgängerzone möglich.

Herr Dornstedt fasst zusammen. Es liegen zwei Anträge vor.

- a. Der Antrag von Herrn Degenhard, in den betroffenen Straßen ein eingeschränktes Halteverbot auszuweisen.
- b. Der Antrag von Herrn Bullmahn und auch Herrn Pörschke, in den betroffenen Straßen ein absolutes Halteverbot auszuweisen.

Antrag b. ist der weitergehende Antrag und wird zuerst zur Abstimmung gestellt.

Die Sitzung wird mit dem Ziel der Herbeiführung einer fraktionsübergreifenden Einigung unterbrochen.

Nach einer kurzen Pause meldet Herr Dr. Hartwig sich zu Wort.

CDU, SPD, Linke und Grüne haben sich beraten und schlagen einen Kompromiss vor, der einstimmig angenommen wird..

In den in Rede stehenden Straßen sollen, gekoppelt mit einer dauerhaften und strengen Überwachung und vorbehaltlich einer Prüfung der erforderlichen Fahrbahnmindestbreiten, auf der einen Seite mit absoluten Halteverboten ausgewiesen und auf der gegenüber liegenden Seite mit eingeschränkten Halteverboten ausgewiesen werden.

Herr Degenhard ergänzt, dass dort rechtlich eigentlich kein eingeschränktes Halteverbot möglich ist. Er bittet daher darum, eine unkonventionelle Lösung zu suchen.

Tagesordnungspunkt 5

Wie geht es weiter mit dem Thiele Speicher

Herr Dornstedt begrüßt Frau Dr. Seiderer, Frau Meyer, Frau Hannemann, Herrn Rickens und Herrn Noll. Er berichtet, dass der stark sanierungsbedürftige Thiele-Speicher in den 1980er Jahren durch Hausbesetzer besetzt wurde. 1982 wurde ein Mietvertrag mit dem Fechtclub und dem Kutterverein geschlossen, der bis heute Bestand hat. Jetzt wurde das Gebäude durch eine Anfrage in der Bürgerschaft zum Gesprächsthema.

Da das Sportamt keinen Referenten entsenden konnte, verliert Herr Dornstedt die Stellungnahme des Sportamtes:

„Das Sportamt als Vertreter des organisierten Sports und in diesem Falle unterstützend für den Fechtclub Bremen Nord (FCBN) ist im kontinuierlichen Austausch mit Immobilien Bremen, der Senatorin für Finanzen und dem FCBN zwecks Lösungsfindung. Immobilien Bremen ist – auch in enger Zusammenarbeit mit dem Sportamt - für den Verein FCBN auf der Suche nach adäquate Räumlichkeiten.“

Herr Dornstedt berichtet weiter, dass das Landesamt für Denkmalpflege (LfD) die kontinuierliche Pflege des Thiele Speichers für unbedingt erforderlich hält, da es sich um ein sehr wichtiges Kulturdenkmal handelt. Das LfD begrüßt die derzeitige Nutzung und bestätigt, dass jede denkbare Nutzungsänderung eher zu einer Verschlechterung führen könnte.

Frau Meyer erklärt, dass Immobilien Bremen (IB) sich um die Gebäude, die sich im Eigentum der Stadtgemeinde Bremen befinden, kümmert. Der Thiele Speicher ist ein wunderschönes, denkmalgeschütztes Gebäude und ist unter bestimmten Voraussetzungen immer wieder zu sanieren. Es besteht seit 35 Jahren ein Vertrag mit dem Fechtverein und dem Kutterverein, in dem die Bauunterhaltung den Mietern übertragen wurde. Damals war das so üblich, immobilienwirtschaftlich ist das schwierig, weil Vereine nicht in der Lage sind dies zu leisten. Deshalb gibt es im Moment Verhandlungen, wie man den Fechtclub und den Kutterverein von den großen Sanierungsverpflichtungen befreien kann. Es müsste ggf. zu einer temporären Verlagerung der Vereine geben, damit die Sanierungsmaßnahmen vorgenommen werden können. Viel mehr kann sie nicht dazu sagen, weil der Prozess noch ganz am Anfang steht.

Herr Dornstedt ergänzt, dass das Landesamt für Denkmalpflege bei seiner Begehung am 2. März 2017 folgende Mängel festgestellt hat:

1. An einigen Fenstern (nicht bauzeitlich) gibt es starke Fäulnisbildung an den Holzrahmen
2. Am Mauerwerk sind erhebliche Schadstellen an der Verfugung festzustellen
3. Einige Steine in den Fassaden müssten ausgetauscht werden
4. Der Anstrich an den Fenstern und den Klapptüren ist schadhaft
5. Es wurden Entlüftungsrohre für die Sanitärräume nicht fachgerecht eingebaut
6. Einige Sandstein-Fensterbänke sind gebrochen
7. Es wurden offene Risse im Mauerwerk festgestellt

Frau Hannemann erklärt dazu, dass sie von der Begehung nichts wusste, die Brandschutzbegehungen aber immer ohne Beanstandungen durchgeführt wurden.

Herr Rickens erinnert, dass der Fechtclub vor 35 Jahren als Problemlöser in den Thiele Speicher eingezogen ist, weil die Hausbesetzer für diese Nutzung das Gebäude problemlos verlassen haben. In den 35 Jahren haben die Vereinsmitglieder mit viel Geld und großem Zeitaufwand die Räumlichkeiten in Ordnung gehalten. Er kritisiert, dass dem Verein nun eine marode Sporthalle in der Reepschläger Straße als Ersatz angeboten wurde. Dort müsste die Stadt wieder sehr viel Geld hereinstecken, was sicher besser in den Thiele Speicher gesteckt werden könnte.

Auch Herr Noll berichtet, dass der Kutterverein viel Geld und viel Kraft in das Gebäude gesteckt hat. Er erklärt, dass sich die Vereine wie gute Mieter benehmen, was drinnen zu leisten ist, wird von den Vereinsmitgliedern geleistet, aber für die Erhaltung der Grundsubstanz ist der Vermieter zuständig. Herr Noll erinnert, dass der Verein sehr viel für das gesamte Hafengebiet tut und das in Zukunft auch tun will. Außerdem kritisiert er, dass er von den bestehenden Problemen erst durch die Zeitung erfahren hat.

Frau Meyer erklärt, dass auch sie sich über die Berichterstattung gewundert hat, denn der Dialog zwischen dem Sportamt und IB läuft erst seit zwei bis drei Monaten. Sie bekräftigt, dass keine Kündigungen geplant sind. Es soll mit dem Sportamt und allen zuständigen Behörden eine Lösung gefunden werden, die Vereine in die Lage zu versetzen, in dem Gebäude zu bleiben.

Herr Pörschke dankt den Vereinen für das langjährige Engagement. Er legt Wert darauf, die Vertragswerke der Wirklichkeit anzupassen. Die Auflistung der notwendigen Sanierungsarbeiten macht es aus seiner Sicht nicht erforderlich, dass die Vereine vorübergehend ausziehen müssen.

Herr Kiener hält den Vertrag, der bei einem denkmalgeschützten Gebäude die Bauunterhaltung mit einschließt, für unüblich. Er begrüßt wenn eine Lösung gefunden wird, die Vereine zu entlasten. Auf seine Frage, welche Höhe die Sanierungskosten haben werden, kann Frau Meyer noch keine Antwort geben, da die Kosten noch nicht ermittelt wurden.

Herr Degenhard bittet darum auf den Appell des Landesamtes für Denkmalpflege zu hören und die Vereine dort zu belassen.

Auch Herr Bullmahn und Herr Dr. Hartwig freuen sich, wenn eine Lösung gefunden wird.

Herr Dornstedt formuliert einen Beschlussvorschlag, der einstimmig angenommen wird.

- **Die Mieter, Fechtclub Bremen-Nord und Museumshafen- und Kutterverein, sind dauerhaft im Thiele Speicher zu belassen.**
- **Die Verträge sind entsprechend so anzupassen, dass die üblichen Verpflichtungen zwischen Mietern und Vermietern darin abgebildet werden.**
- **Die erforderlichen Sanierungsarbeiten sind in Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege durch Immobilien Bremen in Auftrag zu geben.**

Tagesordnungspunkt 6

Anträge und Anfragen der Parteien

Herr Bullmahn trägt folgenden Antrag vor:

Bearbeitung von allen Führerscheinklassen im BürgerServiceCenter-Nord ermöglichen

Der Beirat Vegesack möge beschließen:

Der Beirat Vegesack, fordert den Senator für Inneres auf, die Führerscheinstelle im BürgerServiceCenter-Nord so zu organisieren und dahingehend auszustatten, dass zukünftig ein kompletter Bearbeitungsvorgang aller Führerscheinklassen, inklusive der Abholung durch den Antragsteller im BürgerServiceCenter-Nord möglich ist.

Der Antrag wird mit 3 Enthaltungen einstimmig beschlossen.

Herr Bullmahn trägt einen weiteren Antrag vor:

Entsorgung von Zigarettenkippen bzw. Tabakresten

Der Beirat Vegesack möge beschließen:

Der Beirat Vegesack, fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die Möglichkeit der Installation von zusätzlichen Aschenbechern für Tabakreste und Zigaretten zu prüfen und ggf. durchzuführen. Das sollte an Abfallbehältern in der Vegesacker Fußgängerzone (auf dem Sedanplatz, der Gerhard-Rohlf's-Straße, der Breiten Straße sowie der Reeder- Bischoff-Straße) geschehen.

Der Antrag wird einstimmig beschlossen.

Herr Bullmahn trägt folgende Anfrage vor:

Anfrage nach § 7, Ziffer 1 des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter: Abweichungen vom Stundenplan an der Gerhard-Rohlf's-Oberschule

Der Beirat Vegesack stellt folgende Anfrage:

Der Beirat Vegesack fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, eine statistische Auswertung in Bezug auf die 10. Klassenstufe vom Schuljahr 2015/2016 und im aktuellen Schuljahr 2016/2017 der 11. Klassenstufe vorzulegen, aus welcher der prozentuale Anteil der Unterrichtsstunden mit Abweichung vom gültigen Stundenplan hervorgeht (aufgeschlüsselt nach den Merkmalen Vertretung, Mitbetreuung und Stundenausfall). Eine Begründung etwaiger Abweichungen ist hierbei erwünscht.

Die Anfrage wird einstimmig beschlossen.

Frau Frenzel stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:
Mittagstisch im Bürgerhaus

Der Beirat Vegesack möge beschließen, den täglichen Mittagstisch im Bürgerhaus Vegesack schnellstmöglich wieder zu etablieren.

Die Dringlichkeit wird mit 2 Gegenstimmen beschlossen, Herr Pörschke hat an der Abstimmung wg. Befangenheit nicht teilgenommen.

Frau Frenzel erklärt, dass sie erst jetzt erfahren hat, dass der Mittagstisch im Bürgerhaus eingestellt wird. Sie hält es für sehr wichtig, diese Möglichkeit, ein preisgünstiges Mittagessen zu bekommen, zu erhalten.

Herr Degenhard hält den Mittagstisch für notwendig und unterstützt den Antrag.

Herr Pörschke erklärt, dass dieser Mittagstisch ein wichtiges Angebot für die Menschen in Vegesack ist. Es geht nicht nur darum, zu essen, sondern auch darum, Kontakte zu pflegen. Der Betrieb der Küche hatte jedoch immer ein Defizit im fünfstelligen Bereich pro Jahr, das vom Kulturbüro nicht getragen werden kann. Als Übergangslösung, bis eine endgültige Lösung gefunden wird, gibt es aber weiterhin die Möglichkeit für eine warme Mahlzeit. Er erinnert daran, dass der Beirat nicht über die Mittel des Bürgerhauses verfügen kann und bestenfalls appelliert werden kann.

Frau Jäckel und auch Herr Kiener berichten, dass das Angebot im Bürgerhaus nicht mehr angenommen wurde, weil die Qualität nicht stimmte.

Der Vorsitzende schlägt vor, dieses Thema als Top in einer der nächsten Beiratssitzungen zu beraten und den Antrag in der Sitzung weiter zu behandeln. Dieser Beschluss wird einstimmig gefasst. Herr Pörschke hat nicht an der Abstimmung teilgenommen.

Tagesordnungspunkt 7

Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Baum in der Borcheringstraße

Herr Dornstedt berichtet von einer Information des Umweltbetriebs Bremen. Es geht um einen Baum in der Borcheringstraße, der gefällt werden muss. Er zeigt einige Fotos. Der Beirat nimmt dies bedauernd zur Kenntnis.

Es liegt ein Schreiben der Senatorin für Kinder und Bildung vor in dem informiert wird, dass für die Turnhalle Ludwig-Jahn-Straße im Sanierungsprogramm 2017 Planungsmittel bereitgestellt werden. Zunächst wird IB eine Bestandsaufnahme erstellen, auf deren Grundlage und unter Einbeziehung der weiteren Planungsabläufe auch evtl. im Vorfeld der Sanierung durchzuführende Vorabmaßnahmen aus dem Bauunterhalt identifiziert werden können.

Herr Dornstedt schlägt vor, dass das Ortsamt eine Anfrage stellen wird, was diese Bestandsaufnahme gebracht hat und wie hoch die Kosten tatsächlich sind. Außerdem sollte erfragt werden, wann mit der Sanierung begonnen wird.

Antwortschreiben zum Beschluss des Ausschusses für Straßen-, Verkehrs- und Marktangelegenheiten vom 01.08.2016 zur Situation Schönebecker Straße und Bruno-Bürgel-Str.

Das ASV teilte mit Datum vom 24. Januar 2017 mit, dass die Prüfung, ob die Voraussetzungen für eine Tempo-30-Zone in der Bruno-Bürgel-Straße erfüllt sind, folgendes ergeben hat:

Bruno-Bürgel-Straße ist als Vorfahrtstraße beschildert und eine Änderung der Vorfahrtstraßenbeschilderung ist nicht möglich, da dies für den ÖPNV erhebliche Beeinträchtigungen infolge der Rechts-vor-links-Regelung an den einmündenden Straßen zur Folge hätte.

Alternativ wurde die Einrichtung einer streckenbezogenen Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h geprüft. Diese darf nur auf Grund von besonderen Umständen, wie Beeinträchtigung der Sicherheit, des Verkehrs oder einer besonderen Gefahrenlage, eingerichtet werden. Da weder die Sicherheit des Verkehrs beeinträchtigt, noch eine besondere Gefahrenlage vorhanden ist, kann eine streckenbezogene Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h ebenfalls nicht angeordnet werden.

Antwortschreiben zum Beschluss des Sprecher- und Koordinierungsausschusses vom 26.01.2017 zur Einrichtung eines kostenlosen Kurzparkplatzes von 30 Minuten in der Parkgarage am Sedanplatz

Die Brepark GmbH lehnt die Idee, eine „Brötchentaste“ von 30 Minuten in dem Parkhaus einzurichten, ab, da ihr Tarifkonzept unentgeltliches Parken nicht zulässt. Sie weist aber darauf hin, dass eine Möglichkeit besteht, ebenerdig vor dem Bürgerhaus, um kurzzeitig zum Bringen und Abholen der Kinder zu parken.

Antwortschreiben zur Anfrage des Ortsamtes Vegesack vom 08.11.2016 zur Verbesserungen bei der Schaltung der Schrankenanlagen am Bahnübergang Uhthoffstr.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr teilte mit Datum vom 20.01.2017 mit, dass die Anfrage an die Eigentümerin der Strecke, die Farge-Vegesacker Eisenbahn (FVE) weitergeleitet wurde.

FVE nimmt Stellung wie folgt:

Der Bahnübergang öffnet im Regelfall direkt nach der Befahrung durch ein zuggesteuertes Fahrwegelement. Die Anlagen der Eisenbahn, so auch die Bahnübergänge, sind planfestgestellt und wurden durch die zuständigen Aufsichtsbehörden abgenommen. Die Planungen beruhen auf dem derzeitigen Stand der Technik und wurden durch Sachverständige begleitet und geprüft.

Die Stellungnahme der FVE bestätigt die ordnungsgemäße Funktion des Bahnübergangs. Die FVE hat darüber hinaus bestätigt, dass auch der Zugbetrieb zu dem von Ortsamt genannten Zeitpunkt störungsfrei verlief. Als einzige mögliche Erklärung für den beobachteten Zustand bleibt, dass der Fahrdienstleiter zu dem genannten Zeitpunkt in die automatische Schaltung des Bahnübergangs eingegriffen hatte und es nach dem Passieren des Zuges versäumte, den Übergang zeitnah wieder frei zu geben.

Tagesordnungspunkt 8

Mitteilungen des Beiratssprechers

Herr Pörschke teilt mit, dass es in der letzten Bürgersprechstunde drei Besucherinnen gab, die sich für das Tauwerkquartier interessierten. Die Drei saßen auch im Publikum, daher besteht kein Handlungsbedarf.

Herr Dr. Hartwig berichtet, dass die drei Beiratssprecher aus Bremen-Nord eine Änderung des Beirätegesetzes vorgeschlagen hatten, die Form und Fristen anbelangt. Die Arbeitsgruppe der Bürgerschaft hat dem einstimmig zugestimmt und nun wird diese Änderung hoffentlich durch die Bürgerschaft beschlossen.

Tagesordnungspunkt 9

Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

Herr Bullmahn erkundigt sich, ob die Baumfällungen an der Kita Beckedorfer Str. angekündigt waren.

Die Aufstellung der Interimscontainer für die Kitas war in der Sitzung im Februar Thema, erinnert Herr Dornstedt. Daher ist es bekannt, dass an einigen Standorten Bäume gefällt werden müssen, was im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens abgeprüft wird.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die Sitzung endet um 21:50 Uhr.

Dornstedt
Vorsitzender

Zilm
Schriftführerin

Hartwig
Beiratssprecher